

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Druckpreis: Durch unsere Seiten sind im Jahre monatlich 20.00 Mark. Bestellungen nehmen die Anzeiger und für Anzeigen die Postämter entgegen. — Erhältlich wöchentlich. Preis pro Anschlag Nr. 53. Telegramme: Tageblatt Erzgebirge.

Anzeigenpreis: Die Nebenzettel sind für Anzeigen aus Aue und Umgebung 3.00 Mark, auswärts 4.00 Mark, Resten-Delle 2.00 Mark. Bei größeren Abzählungen entsprechender Rabatt.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1498

Nr. 158

Montag, den 10. Juli 1922

17. Jahrgang

### Das Wichtigste vom Tage.

Bestern vormittag ist die Rechtsgewalt im deutsch bleibenden Oberschlesien nach Unterzeichnung des Protokoll durch die deutschen Vertreter dem Bevollmächtigten, Gesandten Dr. Eckhardt, übergeben worden.

Die Schlussverhandlung mit der Garantiekommision hat am 5. Juli die Unterzeichnung der Finanzkontrolle und Banknotenkontrollvorschrift durch die Reichsregierung gebracht.

Auch die Bayerische Volkspartei ist in einem gemeinsamen Schreiben der Zentrum- und Demokratischen Fraktion aufgefordert worden, in die Reichsregierung einzutreten.

Reichswehrminister Dr. Gessler hat wegen der gegen die Reichswehr erhobenen Vorwürfe von links beim Reichstage die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses beantragt.

### Politische Wochenschau.

Vom Oberbürgermeister Dr. Aulz, M. d. R.

Ist es zu viel verlangt von einer so großen, alten, erfahrenen und durchgebildeten Nation, wie der deutschen, wenn man ihr zumutet, sie mag in sich selbst zu verfeinden, so lange ihr noch so viele Feinde von außen drohen? Dieses Wort, das einst Wolke gesprochen hat, müßte heute mit Flammschrift allen Deutschen vor der Seele geschrieben stehen. Alles, was in unsagbar mühseliger Arbeit an Anfängen zu einer Erleichterung und Besserung unserer Lage nach innen und außen erreicht war, liegt zertrümmert und zerschlagen am Boden, nachdem die Wahnsinnstat des 24. Juni die Bekräftigung in unserem Volk aufs neue tief angestrichen hat. Der Hauptstoß liegt in Deutschland wieder einmal in allen Ecken und Enden turnushaft aufgeschichtet. Von dem Schicksal des Gesetzes zum Schutze der Republik wird es abhängen, ob wir einer Entspannung entgegengehen oder nicht. Das Gesetz geht von durchaus richtigen Grundgedanken aus, die vom Reichsminister des Innern Kötter in einer Weise begründet wurden, der man nur zustimmen kann. An die Spitze seiner Ausführungen stellte er die Erkenntnis, daß die Reichsregierung mit Ausnahmebestimmungen so selten und so kurz wie möglich regieren wolle, daß aber der Schutz der Republik dauernde Maßnahmen und eine Sanierungsaktion unseres vergifteten politischen Lebens notwendig mache. Seine Behauptung, daß mit diesem Gesetze keine Bestimmungen unterdrückt würden, erweist sich bei näherer Prüfung der gesetzlichen Bestimmungen als durchaus richtig. Es wird auch die Befundung irgendeiner Bestimmung schließlich durch das Gesetz nicht unterdrückt, wohl aber wird mit aller Schärfe eine gegen den Bestand und die Sicherheit der Republik sich richtende Betätigung der Bestimmung durch das Gesetz getroffen. Das Gesetz wird ein Prüfstein für die Staatsgesinnung der einzelnen politischen Parteien, insbesondere aber der deutschen Volkspartei werden. Bei ihr liegt die Entscheidung darüber, ob dieses Schutzgesetz die erforderliche Zweidrittelmehrheit im Reichstage erhalten wird. Die erste Lesung des Gesetzes im Plenum kann naturgemäß noch kein klares Bild über das Schicksal des Entwurfes geben, aber es erscheint glücklicherweise nicht ausgeschlossen, daß in den Ausschussberatungen ein zufriedenstellendes Ergebnis erreicht werden wird. Ein solches Ergebnis wäre um so freudiger zu begrüßen, als unsere in den letzten Tagen in der öffentlichen Betrachtung viel zu sehr in den Hintergrund getretene außenpolitische Lage eine möglichst schnelle Klärung der innerpolitischen Verhältnisse fordert.

Der von außen her täglich wachsende Druck hat eine geradezu trostlose wirtschaftliche Lage geschaffen. Es ist noch immer so gewesen: Je höher das Barometer nationaler Verheerung steigt, um so tiefer sinkt die Mark. Der jetzige Sturz ist so ungeheuerlich, daß seine Auswirkungen zu einer völligen Bahmlegung des deutschen Wirtschaftslebens führen müßten, wenn nicht in allerhöchster Zeit eine Konsolidierung gelingt. Abwarierte Haltung der Reichsregierung ist hier nicht am Platze. Sie muß ihrerseits alles tun, um die Verhandlungen über einen auswärtigen Kredit wieder in Fluß zu bringen. Man braucht die Frage der Nachprüfung unserer Reparationsleistungen nicht mehr mit der bisher gebotenen Zurückhaltung und Vorsicht aufzurollen, sondern man kann jetzt mit wesentlich stärkeren Argumenten und unter stärkerer Bundesgenossenschaft als bisher auf das Ziel losgehen. Denn es ist tatsächlich so, wie Hug H. Spender in den Foreign Affairs ausführt:

Es gibt keine maßgebende Autorität auf politischem oder finanziellem Gebiet in England oder Frankreich, die nicht weiß, was sie auch vor der Öffentlichkeit anders sprechen, daß nichts getan werden kann, um Europa auf die Beine zu helfen, bis die von Deutschland zu leistende Entschädigung auf eine vernünftige Grundlage gestellt und der Versailler Vertrag mit seinen unmöglichen Forderungen im Lichte des gesunden Menschenverstandes revidiert worden ist. — Eine solche Revision wird natürlich erst in einer gewissen Zeit zu einem wirtschaftlich merklichen Ergebnis führen können, unsere Verhältnisse aber bedingen eine sofortige Entlastung und die kann allein erreicht werden durch Gewährung von Kredit.

Ob Deutschland dem Auslande gegenüber wieder kreditwürdig erscheinen wird, hängt nicht zuletzt von der Lösung ab, die die jetzt schwebenden Verhandlungen der Regierungsbereitungen im Reich ergeben werden. Es muß als außerordentlicher Fortschritt bezeichnet werden, daß die Unabhängige Sozialdemokratie bereit ist, ihre bisherige Forderung der Vätertherrschaft außer Kraft zu setzen und auf dem Boden der demokratischen Republik mitzuarbeiten. Damit wird eine wesentliche Gesundung in der deutschen Arbeiterbewegung erreicht und die demokratische Republik würde sich dann zunächst einmal auf eine große und breite Mehrheit der deutschen Arbeiterschaft stützen können. Will man aber zu wirklich gefestigten Zuständen in der Regierung kommen, so darf die Verbreiterung ihrer Grundlage nicht allein nach links geschehen. Eine solche Regierung wird gerade jetzt dem Ausland gegenüber immer als kapitalfeindliche Regierung gewürdigt werden, was sie letzten Endes ja auch tatsächlich wäre, und sie würde nicht in der Lage sein, das Vertrauen der kapitalgebenden Kreise des Auslandes zu erwecken. Schon aus diesem äußeren politischen Grunde, der für unsere nächste Zukunft von ganz ungeheurer Bedeutung ist, würde eine solche einseitige Verbreiterung der Regierung unerträglich sein. Ein gleichzeitiger Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung ist die einzige Möglichkeit zu einer wirtschaftlich umfassenden Gesundung unserer Verhältnisse, und die einzige Möglichkeit, ausländischen Geldgebern gegenüber die Sicherungen zu bieten, ohne die ein Auslandskredit für uns nicht zu erhoffen ist. Es wird sich sehr bald zeigen, ob die Beteiligten sich zu der Höhe staatsmännischer Auffassung emporschwingen können, die zur Lösung dieser Fragen notwendig ist, oder ob auch diesmal wieder das ganze Problem der Regierungszusammensetzung in den Niederungen parteipolitischer Erwägungen versumpfen wird.

### Der drohende Bergarbeiterstreik.

Wie sehr das Verantwortungsbewußtsein der einzelnen Erwerbs- und Berufsgruppen gesunken und ihre Habsucht gestiegen ist, dafür liefert der Umstand den besten Beweis, daß zu einer Zeit, da Volk und Vaterland sich in tausend Notizen winden, Mörderbanden das Leben der Republik in Frage stellen und Frankreich mit seiner Armee am Rhein auf die Stunde wartet, da es weitere Zentersstreiks gegen uns führen kann, die freien Gewerkschaften im Ruhrbergbau einen Aufruf erlassen, den Generalstreik der Bergarbeiter durch Massenkundigung einzuleiten. So tritt zu den ohnehin nicht geringen Sorgen der Reichsregierung eine neue, mit der sich das Kabinett schleunigst zu beschäftigen haben wird. Selbst wenn die Bergbauunternehmer berechtigten Forderungen der Bergarbeiter bisher schärfsten Widerstand entgegengesetzt haben, muß man doch diesen Aufruf der freien Gewerkschaften als von völliger Verantwortunglosigkeit diktiert bezeichnen, denn seine Auswirkung läuft letzten Endes auf eine Politik des Wahnsinns, wenn nicht des Verbrechens hinaus. Daß ein Generalstreik der Bergarbeiter einen völligen Zusammenbruch des deutschen Wirtschaftslebens bedeuten würde, bedarf keines Beweises. Die erste Folge würde bei der ohnehin schon vorhandenen Rohstoffknappheit die Stilllegung von Betrieben und dadurch Arbeitslosigkeit sein. Der katastrophale Sturz der Mark, die heute kaum mehr einen Pfennig wert ist, würde sich damit fortsetzen und die Einführung von Lebensmitteln völlig unmöglich machen. Außenpolitisch würde die Gefahr der Ruhrbesetzung durch Frankreich erneut auftauchen in Folge des Ausfalls der Reparationskosten. Die Flut der Verhandlungen, die vor allem auch eine weitere Radikalisierung der Massen mit sich bringen würden, würde ins Ungemessene steigen. Erstreckt sich der Streik auf die Arbeiter christlicher Bergarbeiter die Teilnahme an einem solchen Streik schon abgelehnt. Da noch nicht alle Verhandlungsmöglichkeiten und die Anwendung aller friedlichen Mittel zur Durchsetzung der Forderungen im Manteltarif erschöpft sind, so muß man hoffen, daß auch die freien

Gewerkschaften sich noch eines Besseren bestimmen und von ihren unverantwortlichen Plänen Abstand nehmen. Die Reichsregierung wird kein Mittel unversucht lassen dürfen, um das deutsche Volk vor diesem Unheil zu bewahren.

### Zollehöhungen.

Dem Reichstag ist ein Gesetzentwurf zugewandt, durch den die Reichsregierung ermächtigt wird, im Fall eines dringenden wirtschaftlichen Bedürfnisses nach Änderung des vorläufigen Reichswirtschaftsrates mit Zustimmung des Reichsrates die Eingangszölle für zollpflichtige Waren zu erhöhen und zollfreie Waren mit Eingangszöllen zu belegen, die erhöhten oder neu festgesetzten Zölle wieder herabzusetzen oder aufzuheben. Die Anordnungen müssen dem Reichstag vorgelegt werden und sind auf dessen Verlangen außer Kraft zu setzen. Das Gesetz soll bis zum 31. Dezember 1923 in Kraft bleiben. Begründet wird die Notwendigkeit vorzugehen damit, daß sehr schnell das dringende Bedürfnis eintreten kann für bestimmte Arten von Waren den allgemeinen Zollsatz zu erhöhen oder für sie Zollfreiheit zu gewähren. Ein Gesetz zu diesem Zweck würde zu lange Zeit in Anspruch nehmen. Die Beschränkung auf bestimmte Arten von Waren erscheint nicht angängig, da nicht feststehe, bei welchem von ihnen in Zukunft das wirtschaftliche Bedürfnis nach einer Zolltarifänderung hervortreten kann. Das Gesetz, das Vorbilder in Belgien, Frankreich, Italien und der Schweiz hat, wird bereits bei der am Montag nachmittag beginnenden Reichstagsitzung in erster Beratung besprochen werden.

### Das Gesetz zum Schutze der Republik.

Im Rechtsausschuß des Reichstages ergaben sich am 8. Juli sowohl bei dem § 2 des Gesetzes, der die Bestimmungen republikanischer Beamten ahnden und die Hoheitszeichen des Staates schützen will, sowie bei dem § 4, der gegen Beamte und Militärpersonen, die sich gegen das Schutzgesetz verhalten, Entlassung und gänzlichen oder teilweisen Verlust des Ruhegehalts zuläßt, so starke Meinungsverschiedenheiten, daß sie einem Unterausschuß zum Ausgleichsversuch überwiesen wurden. Angenommen wurde § 3, der den Aufenthalt wegen Verbrechens gegen § 1 des Gesetzes Verurteilten unterwirft und die Strafe der Vermögenskonfiskation zuläßt. Eine lange Debatte entspann sich über die Bildung des Staatsgerichtshofes. Es handelte sich darum, ob der Reichsrat die Ernennung der Väterrichter gebietet, zur Witternennung herangezogen oder ganz ausgeschaltet werden soll. Diese letztgenannte rein formale Frage bekam durch einen Vorstoß des bayerischen Volksparteitellers Heherle einen politischen Charakter, da er von einem Eingriff in die Justizhoheit der Länder sprach. Heider folgte ihm der Justizminister Kadbruch auf das politische Gebiet, so daß sich auch der bayerische Minister Hamm zum Eingreifen veranlaßt sah. Der Zentrumsdag. Vell schlug vor um den Konflikt zwischen Reich und Ländern nicht auf die Spitze zu treiben, die Mitglieder nach Anhörung des Reichsrates zu ernennen. Da die Regierung den höchsten Wert darauf legt, daß die Beratung des Gesetzentwurfes schleunigst beendet wird, und allseitig der Wille besteht, ein brauchbares Gesetz zustandzubringen, man auch über die Schwierigkeiten, die sich der Formulierung des Todesstrafe und lebenslängliches Ausschluß androhenden § 1 gezeichnet hat, muß man hoffen, daß über diese letztgenannte nebensächliche Frage eine Einigung erzielt wird.

### Kleine politische Nachrichten.

Die königliche Einberufung des Obersten Rates. Der Londoner Berichterstatter des Welt Journal teilt mit am Dienstag werde ein außerordentlicher Ministerrat unter dem Vorsteher Lloyd George abgehalten werden, der sich mit der Reparationsfrage beschäftigen soll. Der Berichterstatter glaubt, daß Lloyd George sich mit dem italienischen Außenminister Ciano über die Einberufung des Obersten Rates verständigt habe, und daß dieser hierüber in Paris mit Ciano verhandeln werde.

Neues Stundungsgesuch der Reichsregierung. Wie amtlich mitgeteilt wird, hat sich die Reichsregierung entschlossen, ein Stundungsgesuch an den Wiederaufmachungsauusschuß zu richten mit dem Ziele, die Bergabteilungen auf einen längeren Zeitraum zu vertellen, um so eine Miempassung zu erhalten. Verhandlungen darüber sind schon seit längerer Zeit im Gange. Die Staatssekretäre Fischer und Gumbel sind nach Paris abgereist. In den Verhandlungen wird später wahrscheinlich auch Staatssekretär Dr. Bergmann teilnehmen.